

Martina Kalcher und Elisa Wohlhart

Beratung und Unterstützung von Familien mit Kindern mit Behinderung

Erfahrungen von Eltern aus Österreich

Zusammenfassung

Eltern von Kindern mit Behinderung benötigen professionelle Unterstützung, damit soziale Partizipation und ein inklusives Leben möglich sind. Der Weg, um zu dieser professionellen Unterstützung zu gelangen, weist allerdings viele Hindernisse auf. Eine Befragung von 50 Erziehungsberechtigten, deren Kinder mit Behinderung im österreichischen Bundesland Steiermark allgemeine Schulen besuchen, zeigt auf, wie schwer es ist, an zuverlässige Informationen zu kommen. Zudem wird dargelegt, welche bürokratischen und persönlichen Hürden die Beantragung von Unterstützungsleistungen mit sich bringt. Die Ergebnisse der Befragung tragen dazu bei, die Beratung und Unterstützung dieser Familien weiterzuentwickeln.

Résumé

Afin de rendre possible la participation sociale et l'inclusion de leurs enfants tout au long de la vie, les parents d'enfants en situation de handicap ont besoin d'un soutien professionnel. Le chemin pour y accéder est cependant semé d'embûches. Une enquête réalisée auprès de 50 parents dont les enfants en situation de handicap fréquentent des écoles de l'enseignement ordinaire dans le Land autrichien de Styrie révèle à quel point il est difficile d'accéder à des informations fiables. Il montre par ailleurs quels obstacles bureaucratiques et personnels sont associés à une demande de prestations de soutien. Les résultats de l'enquête contribuent à un développement du conseil et du soutien à ces familles.

Permalink: www.szh-csps.ch/z2021-12-02

Situation von Familien mit Kindern mit Behinderung

Die Geburt eines Kindes mit Behinderung beziehungsweise die Diagnose einer Behinderung ist für Familien ein traumatisches Erlebnis (Paul, 2020; Wilken, 2014). Es löst Reaktionen aus wie Hilflosigkeit, Wut und Trauer (Oswald & Rützler, 2009) und ist häufig mit dem Rückzug der gesamten Familie verbunden (Achilles, 2013; Leidner, 2015). Oft kommt es auch zu Änderungen der Lebenspläne und zu erheblichen Belastungen, beispielsweise durch den besonderen Betreuungs- und Pflegeaufwand, aber auch durch finanzielle Aufwendungen auf-

grund der Kosten für Therapie- und Fördermassnahmen sowie Hilfsmittel (Cadwgan & Goodwin, 2018; Eckert, 2002; Palm & Eckert 2012; Leidner, 2015). Obwohl soziale Hilfsangebote deutlich zugenommen haben, übernehmen Eltern – insbesondere Mütter – nach wie vor den grössten Teil der Betreuung und Pflege. Daher fühlen sich Mütter stärker belastet durch soziale Isolation und medizinische Herausforderungen im Zusammenhang mit der Behinderung als Väter (Sarimski, 2020; Thimm, 2002). In einer von Lotz (2004) durchgeführten Untersuchung gaben alle Mütter an, dass die Verantwortung für das Kind überwiegend bei ihnen läge.

Dadurch entsteht häufig eine intensive Beziehung zwischen Mutter und Kind mit Behinderung, was wiederum oft zulasten der Paarbeziehung geht. Auch die Beziehungen zu den Geschwistern ohne Behinderung und zum Freundeskreis können dadurch gefährdet sein (Retzlaff, 2010). Laut einer Studie von Hirschert (2004) übernehmen die Mütter den grössten Teil der Familienarbeit. Sie sind in 86,5 Prozent der Fälle die Hauptbetreuungsperson, was wiederum mit einer Einschränkung der Berufstätigkeit einhergeht. Hackenberg (2008) beschreibt die umfangreiche Unterstützung von Grosseltern, die den Müttern häufig erst eine Berufstätigkeit ermöglicht.

Um die schwierige familiäre Situation zu bewältigen, ist die Unterstützung durch professionelle Hilfe unabdingbar (Leidner, 2015; Sarimski, 2020). Der Zugang zu diesen Leistungen ist jedoch durch zahlreiche bürokratische Hürden gekennzeichnet, was wiederum einen erheblichen zeitlichen Aufwand bedeutet. Die deutsche Studie «Ermittlung von Bürokratie-Zeit-Kosten von Bürgern» nennt für Eltern von Kindern mit Behinderung einen zusätzlichen Bürokratieaufwand von durchschnittlich 40 Stunden im Jahr. Der höchste Aufwand entsteht durch den Informations- und Beratungsbedarf hinsichtlich der Unterstützungsmöglichkeiten (Bertelsmann Stiftung, 2008). Andere Studien zeigen, dass Familien über Unterstützungsmöglichkeiten nicht ausreichend informiert und beraten werden (Hirschert, 2002; Lotz, 2004). Spieß (2020) kritisiert, dass der Mangel an Informationen und Hürden beim Zugang zu Hilfsangeboten Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen in ihren Teilhabemöglichkeiten einschränkt. Das vielfach undurchsichtige System behördlicher Zuständigkeiten verstärkt die Belastung. Hinzu kommt, dass vorhan-

dene Hilfsangebote oftmals nicht den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechen. Diese Umstände führen häufig zur Überlastung der gesamten Familie (Thimm, 2002). Erschreckend ist hierbei, dass selbst zuständige Fachleute unzureichend informiert sind und daher nicht angemessen beraten können (Haack, 2002).

Der Zugang zu Unterstützungsleistungen ist oft durch zahlreiche bürokratische Hürden gekennzeichnet.

Der österreichische «Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der 2008 ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention» zielt mit konkreten Massnahmen darauf ab, die Unterstützung der gesamten Familie zu verbessern (Sozialministerium, 2012). Aufgrund der föderalistischen Verfassung Österreichs sind Unterstützungsangebote wie Frühförderung, Familienbegleitung, Familienentlastung und Freizeitassistenz je nach Bundesland unterschiedlich geregelt. Dies erschwert die Umsetzung des Aktionsplans.

Eine Studie zur Situation von pflegenden Angehörigen in Österreich zeigt, dass trotz zahlreicher Unterstützungsangebote und vorhandener Beratungsstellen ein enormes Informationsdefizit über Leistungsansprüche besteht (Mairhuber & Sardadva, 2017). Gerade diese Dienste hätten aber das Potenzial, die Betreuungsperson in hohem Masse zu entlasten und deren soziale Partizipation zu ermöglichen (Oswald & Rützler, 2009).

Dissertation «Inklusion in der Schule»

Ziel und Methode

Der Artikel zeigt einen Teil der Ergebnisse der Dissertation der Erstautorin (2019) auf. Unter anderem ging es um die Frage, inwieweit

Eltern von Kindern mit Behinderung über Unterstützungsangebote informiert sind und ob sie Zugang zu diesen haben. Das Ziel war es, die Situation aus Sicht der betroffenen Eltern darzustellen. Dafür wurde der qualitative Ansatz gewählt (Flick, von Kardorff & Steinke, 2017). Insgesamt wurden 50 problemzentrierte Interviews (Witzel, 1982) leitfadengestützt mit Eltern von Kindern mit Behinderung geführt. Der Leitfaden ermöglichte ein strukturiertes Interview bei gleichzeitiger Offenheit für die Themen der befragten Personen. Der Leitfaden wurde in verschiedene Themenbereiche unterteilt, anhand derer wesentliche Fragestellungen und relevante Stichworte formuliert wurden. Darüber hinaus wurden demografische Daten erhoben.

Die Mehrheit der Befragten gab an, dass professionelle Beratung nicht oder nur begrenzt stattfand.

Ein Elternbrief wurde über verschiedene Dienste der Behindertenhilfe, Behinderten-transportunternehmen, Orthopädiefachgeschäfte, Krankenhäuser, Therapieeinrichtungen, soziale Netzwerke, Selbsthilfegruppen und Elternvereine verteilt. Ziel war es, möglichst verschiedene Familien in die Stichprobe aufzunehmen, die sich unterscheiden in Bezug auf Lebensform, Einkommen und Alter der Eltern, Behinderung und Alter des Kindes und so weiter. Die Interviews wurden im Jahr 2018 zum grössten Teil im häuslichen Umfeld der Familien durchgeführt, mit zwei Diktiergeräten aufgenommen und transkribiert. Die Auswertung erfolgte anhand der qualitativen Inhaltsanalyse. Zuerst wurden anhand des Leitfadens deduktiv Hauptkategorien gebildet. Nach dieser Vorarbeit wurde die zusammenfassende Inhaltsanalyse mithilfe von

MAXQDA¹ durchgeführt. Alle Codiereinheiten wurden paraphrasiert und generalisiert (siehe dazu Mayring, 2017).

Beschreibung der Stichprobe

Von den 50 Interviews wurden 48 mit Müttern, eines mit einem Vater und eines mit beiden Elternteilen geführt. Der Grossteil lebte in einer Partnerschaft beziehungsweise Ehe (n = 46). Vier Mütter waren alleinerziehend. In 42 Familien übernahmen laut Angaben der befragten Personen die Mütter die Hauptverantwortung für die Kinder- und Familienarbeit. Bei den Alltagsaufgaben (Pflege, Therapien, Lernunterstützung, Haus- und Erziehungsarbeit, Behördenwege usw.) wurde deutlich, dass in allen Familien die Mutter am häufigsten für die genannten Aufgaben zuständig war.

Rund ein Fünftel der Mütter übte zum Zeitpunkt des Interviews keine bezahlte Tätigkeit aus. Nur sieben Mütter waren mehr als 30 Stunden arbeitstätig, wohingegen der überwiegende Teil der Väter vollzeitberufstätig war (n = 45).

Die Kinder (Jungen = 27; Mädchen = 23) mit Behinderung waren zum Zeitpunkt der Befragung zwischen 7 und 19 Jahre alt. Hinsichtlich der Art der Behinderung handelte es sich um eine heterogene Gruppe: 20 Kinder hatten ausschliesslich eine Körperbehinderung, zwei Kinder eine intellektuelle Behinderung, 14 Kinder eine Mehrfachbehinderung (Körperbehinderung, intellektuelle Behinderung und weitere Behinderungen). Weitere 14 Kinder hatten Kombinationen aus zwei Behinderungsarten wie beispielsweise Körperbehinderung und intellektuelle Behinderung.

¹ MAXQDA ist ein Softwareprogramm für qualitative und Mixed Methods-Forschung.

44 Kinder besuchten zum Zeitpunkt der Befragung eine allgemeine öffentliche Schule, sechs Kinder gingen in eine Privatschule.

Ergebnisse

In den Interviews wurde das Thema Information beziehungsweise Beratung über professionelle Unterstützungsmöglichkeiten umfassend behandelt. Die Mehrheit der Befragten gab an, dass professionelle Beratung nicht oder nur begrenzt stattfand (n = 46), wie eine Schilderung beispielhaft belegt:

«Wenn ich halt nachgefragt habe. Aber dass so direkt aktiv jemand auf uns zugekommen wäre und uns aufgeklärt und informiert hätte, habe ich nicht erlebt» (I 1, Z 74).

Die Hälfte der befragten Personen (n = 25) gab an, nicht professionelle Informationsquellen zurate zu ziehen, wie beispielsweise andere betroffene Eltern:

«Also ich habe eigentlich alle Informationen in Hinsicht Pflegegeld, [...] Hilfsmittel und was, das habe ich nur, wie soll ich sagen, durch Gespräche mit anderen betroffenen Eltern [...]. Also solche Informationen kriegst du eigentlich von einer Schule, einem Amt, einer Gemeinde überhaupt nicht, also bei uns nicht» (I 50, Z 90).

Viele Eltern beschrieben Eigeninitiative (n = 19) als essenziell. Folgendes Zitat verdeutlicht das exemplarisch:

«Das habe ich schon immer so ein bisschen bekrittelt, dass es da eigentlich nichts gibt, nein. Dass wir uns eigentlich vieles, vieles, vieles selbst gesucht haben oder über fünf Ecken erfahren haben» (I 13, Z 154).

Fast alle befragten Personen (n = 49) sprachen in diesem Zusammenhang über Erfahrungen mit Behörden bei der Beratung zu Unterstützungsangeboten oder bei deren Beantragung. Annähernd alle Elternteile (n = 46) berichteten über (eher) negative Erfahrungen. Dabei kritisierten sie überwiegend die fehlende Beratung (n = 33), wie folgende Zitate belegen:

«Ich habe gefragt, wo gibt es bitte eine Hippo-Therapie. Die Antwort war: «Bin ich ein Auskunftsbüro, oder was?»» (I 4, Z 133).

«Nein, im Gegenteil, eher wird dann noch eher etwas verheimlicht, damit du ja weniger weisst» (I 2, Z 177).

Viele der befragten Personen (n = 14) waren zudem mit respektlosem Verhalten konfrontiert, zum Beispiel:

«Die haben mich drinnen so blöd hingestellt, dass ich beim Hinausgehen beim dritten Mal geweint habe» (I 19, Z 197).

Mehrere Eltern merkten an, dass ihnen das Gefühl vermittelt wurde, sie seien Bittsteller:

«Wenn ich auch was anfrage, dann kommen sie einem immer gleich einmal forsch rüber [...]. Also, man hat so das Gefühl, man ist da der Bittsteller» (I 37, Z 180).

Zudem erwähnten die befragten Personen (n = 9), dass sie Leistungen nur erhielten, wenn sie genau über ihre Rechte Bescheid wussten. Ein Elternteil beschrieb das so:

«Nein, das musst du dir erkämpfen, und das habe ich mir in den Jahren erkämpft, das Wissen, [...] dass das so ist und dass ich das brauche» (I 5, Z 199).

Ausserdem wurde den befragten Personen (n = 7) vermittelt, dass ihnen die Leistung nicht zustünde:

«Ach Gott, da war schon einiges. Dass sie einmal schreien mit dir, warum brauchen Sie so viel? Und so geht es auch nicht und so viele Stunden und was glauben Sie denn eigentlich?» (I 29, Z 193).

Auch wiederkehrende bürokratische Aufwände wurden von einigen Eltern (n = 6) als erhebliche Zusatzbelastung wahrgenommen:

«Die [Behinderung; Anm. d. Autorinnen] wird sich in den nächsten Jahren nicht ändern, man muss jedes Jahr die ganzen Anträge neu stellen und es ist einfach immer ein wilder Aufwand» (I 49, Z 105).

Fünf Personen thematisierten, dass der Zugang zu Leistungen erschwert war, zum Beispiel:

«Beim nächsten Antrag habe ich die Fahrtkosten für das Vorjahr beantragt, wissen Sie, was die mir gesagt hat? Da hätten Sie im Vorjahr bei Fahrtkosten ein Hakerl machen müssen. Aber Sie, ich war da und habe das mit Ihnen gemacht, glauben Sie, ich habe das zu Fleiss nicht angehakt? Nein, jetzt geht das nicht mehr im Nachhinein» (I 44, Z 112).

Diskussion

Professionelle Unterstützungsangebote sind für Familien mit Kindern mit Behinderung eine zentrale Säule, um den Alltag zu bewältigen (Leidner, 2015). Spätestens mit der Ratifizierung der UN-BRK im Jahr 2008 wurden in Österreich Massnahmen initiiert, um Eltern von Kindern mit Behinderung durch Unterstützungs- und Beratungsangebote zu entlasten (Sozialministerium, 2012). Wenn auch

das Ziel «Verbesserung im Bereich der Beratung für Eltern und Erziehungsberechtigte von Kindern mit besonderen Bedürfnissen» (Sozialministerium, 2012, S. 66) klar formuliert ist, so zeigt doch die Befragung betroffener Eltern, dass die Umsetzung zu wünschen übrig lässt.

Zunächst wäre zu erwarten, dass Familien proaktiv über die ihnen zustehenden Angebote und Leistungen informiert werden. Das ist aber nicht der Fall: Die Befragten müssen sich selbst informieren und stossen dabei vielfach auf uninformierte zuständige Stellen, respektlosen Umgang und die Degradierung zu Bittstellern. Das hat für die Mehrheit der Befragten folgende persönliche Konsequenzen: Sie tragen Informationen aus unterschiedlichsten nicht professionellen Quellen zusammen, was entsprechende Kompetenz erfordert, mit hohem Aufwand verbunden ist und dennoch meist zu unvollständiger Information führt. Systemisch gesehen entstehen dadurch weitere Barrieren im Besonderen für jene Eltern, die aufgrund ihrer sozialen oder persönlichen Voraussetzungen von vornherein mehr Unterstützung bräuchten.

Eine weitere Hürde entsteht durch die föderalismusbedingt unterschiedliche Handhabung von Unterstützung und Beratung in den Bundesländern. Die befragten Eltern wünschen sich sowohl einheitliche Standards, koordinierte Massnahmen als auch weniger Bürokratie. Die Evaluation des Nationalen Aktionsplans weist darauf hin, dass manche Leistungen in bestimmten Bundesländern ganz fehlen oder anders organisiert sind. Generell wird eine bessere Verzahnung von Bund und Ländern gefordert (Sozialministerium, 2020). Die mangelnde Koordination macht die Abläufe komplexer und erhöht dadurch den Beratungs- und Unterstützungsbedarf. Cadwgan und Goodwin (2018) stellen fest, dass unzureichend koordinierte Dienst-

leistungen im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich selbst eine Quelle von Stress darstellen – Unterstützungssysteme müssen daher gut aufeinander abgestimmt sein, um ihre entlastende Funktion entfalten zu können. Es ist zu hoffen, dass der derzeit in Entwicklung befindliche Nationale Aktionsplan 2022–2030 bundesweit einheitliche Verfahren und koordinierte Massnahmen festlegt, ein dichtes Netzwerk von Beratungsstellen mit professionell qualifizierten Mitarbeitenden einrichtet und Unterstützungsleistungen für Familien ausbaut.

Die Ergebnisse der Befragung verdeutlichen, dass Eltern von Kindern mit Behinderung – insbesondere Mütter – auf zahlreiche Belastungen und Hürden treffen, die soziale Partizipation und ein inklusives Leben erschweren. Es muss als klarer gesellschaftlicher und politischer Auftrag gesehen werden, diesem Missstand mit zielführenden Massnahmen zu begegnen.

Literatur

- Achilles, I. (2013). «... und um mich kümmert sich keiner!» *Die Situation der Geschwister behinderter und chronisch kranker Kinder*. München: Reinhardt.
- Bertelsmann-Stiftung (2008). *Ermittlung von Bürokratie-Zeit-Kosten von Bürgern mit Hilfe des Standard-Kosten-Modells (SKM)*. www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/imported/downloads/xcms_bst_dms_23722_23723_2.pdf
- Cadwgan, J. & Goodwin, J. (2018). Helping parents with the diagnosis of disability. *Paediatrics and Child Health*, 28 (8), 357–363.
- Eckert, A. (2002). *Eltern behinderter Kinder und Fachleute. Erfahrungen, Bedürfnisse und Chancen*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.
- Palm, L. & Eckert, A. (2012). Zur Lebenssituation von Vätern behinderter Kinder – eine Analyse möglicher Belastungen und Ressourcen. In A. Eckert (Hrsg.), *Familie und Behinderung. Studien zur Lebenssituation von Familien mit einem behinderten Kind* (S. 113–188). Hamburg: Kovač.
- Flick, U., von Kardorff, E. & Steinke, I. (2017). Was ist qualitative Forschung? Einleitung und Überblick. In U. Flick, E. von Kardorff & I. Steinke (Hrsg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (S. 13–29). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Haack, G. (2002). Familienorientierte Unterstützungssysteme. Erste Hilfe im Labyrinth: Familienratgeber. In W. Thimm & G. Wachtel (Hrsg.), *Familien mit behinderten Kindern. Wege der Unterstützung und Impulse zur Weiterentwicklung regionaler Hilfesysteme* (S. 45–51). München: Juventa.
- Hackenberg, W. (2008). *Geschwister von Menschen mit Behinderung. Entwicklung, Risiken, Chancen*. München: Reinhardt.
- Hirchert, A. (2002). Die Sicht der Eltern. In W. Thimm & G. Wachtel (Hrsg.), *Familien mit behinderten Kindern. Wege der Unterstützung und Impulse zur Weiterentwicklung regionaler Hilfesysteme* (S. 74–102). München: Juventa.
- Hirchert, A. (2004). *Frauen zwischen Kind und Beruf: Mütterliche Erwerbsarbeit in Familien mit einem behinderten Kind – Realität und Selbstverständnis*. Würzburg: Ergon.
- Kalcher, M. (2019). *Inklusion in der Schule. Eltern in der Steiermark zwischen Inklusion, Schule und Alltagsherausforderungen*. Dissertation. Umwelt-, Regional- und Bildungswissenschaftliche Fakultät Karl-Franzens-Universität Graz. <https://unipub.uni-graz.at/obvu-grh/download/pdf/4373146?originalFilename=true>

- Leidner, M. (2015). *Verschiedenheit, besondere Bedürfnisse und Inklusion. Grundlagen der Heilpädagogik*. Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren.
- Lotz, J. (2004). «Manchmal bin ich traurig ...». *Zur Lebenssituation von Müttern schwerstbehinderter Kinder*. Heidelberg: Edition.
- Mairhuber, I. & Sardadva, K. (2017). *Erwerbstätige pflegende Angehörige in Österreich: Herausforderungen im Alltag und für die Politik. Projekt-Teilbericht: Policy-Analyse und politische Empfehlungen*. www.forba.at/wp-content/uploads/2018/11/1234-FB_01_2017.pdf
- Mayring, P. (2017). Qualitative Inhaltsanalyse. In U. Flick, E. von Kardorff & I. Steinke (Hrsg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (S. 468–475). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Oswald, H. & Rützler, A. (2009). Kindheit. In H. Hofer (Hrsg.), *Alltag mit Behinderung. Ein Wegweiser für alle Lebensbereiche* (S. 29–46). Graz: NWV.
- Paul, O. (2020). Diagnoseverarbeitung von Eltern behinderter Kinder im Reaction to Diagnosis Interview (RDI) und Auswirkungen auf das Spiel mit dem Kind. *Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie*, 69 (7), 625–642.
- Retzlaff, R. (2010). *Familien-Stärken. Behinderung, Resilienz und systemische Therapie*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Sarimski, K. (2020). Down-Syndrom: Auswirkungen auf die Familie aus Sicht von Müttern und Vätern. *Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie*, 69 (3), 236–251.



Martina Kalcher
 Hochschullehrende
 Kirchliche Pädagogische Hochschule
 der Diözese Graz-Seckau
 martina.kalcher@kphgraz.at



Elisa Wohlhart
 Hochschullehrende
 Kirchliche Pädagogische Hochschule
 der Diözese Graz-Seckau
 elisabeth.kleissner@kphgraz.at

- Sozialministerium (Hrsg.) (2012). *Nationaler Aktionsplan Behinderung 2012–2020. Strategie der österreichischen Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention*. <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=165>
- Sozialministerium (Hrsg.) (2020). *Evaluierung des Nationalen Aktionsplans Behinderung 2012–2020*. www.sozialministerium.at/dam/jcr:edab5ca1-4995-456a-820c-c414da78bc39/Evaluierung%20NAP%20Behinderung%202012-2020.pdf
- Spieß, M. (2020). Chancen und Grenzen einer digitalen Informationsplattform für Menschen mit Behinderungen. In C. Freier, J. König, A. Manzeschke & B. Städtler-Mach (Hrsg.), *Gegenwart und Zukunft sozialer Dienstleistungsarbeit* (S. 407–420). Wiesbaden: Springer.
- Thimm, W. (2002). Familien mit behinderten Kindern in Deutschland – Wege der Unterstützung. In W. Thimm & G. Wachtel (Hrsg.), *Familien mit behinderten Kindern. Wege der Unterstützung und Impulse zur Weiterentwicklung regionaler Hilfesysteme* (S. 11–28). München: Juventa.
- Wilken, E. (2014). Eltern stärken. Förderung von Empowermentprozessen durch Elternseminare. In U. Wilken & B. Jeltsch-Schudel (Hrsg.), *Elternarbeit und Behinderung. Empowerment – Inklusion – Wohlbefinden* (S. 214–225). Stuttgart: Kohlhammer.
- Witzel, A. (1982). *Verfahren der qualitativen Sozialforschung. Überblick und Alternativen*. Frankfurt: Campus.

Neuigkeiten aus der European Agency



Die Datentabellen und Hintergrundinformationen (European Agency Statistics on Inklusive Education, EASIE) zur Schweiz und weiteren Ländern für das Schuljahr 2018/2019 sind auf der Website der Agentur verfügbar. Die Daten werden von offiziell ernannten Expertinnen und Experten in den teilnehmenden Mitgliedsländern der Agentur erhoben.

Weitere Informationen: www.european-agency.org/data/data-tables-background-information

Die *Europäische Agentur für sonderpädagogische Förderung und inklusive Bildung* (kurz: *European Agency* oder *EA*) ist eine Organisation, deren Mitgliedsländer eine Optimierung sowohl der bildungspolitischen Strategien als auch der heil- und sonderpädagogischen Praxis anstreben. Es wird versucht, die Lernenden auf allen Stufen des Lernens zu fördern, damit sich ihre Chancen zur aktiven Teilhabe an der Gesellschaft verbessern.